

1. Einleitung

„Die Bundesregierung sollte nicht dulden, daß auf ihrem Gebiet totalitäre Ansprüche ausländischer Regierungen verwirklicht werden können.“¹ Mit dieser Forderung endete ein in der *Freiburger Studentenzeitung* (FSZ) publizierter Artikel vom Februar 1967. In diesem prangerte die Autorin Kornelia Wendt an, dass die indonesische Regierung ihre in Freiburg studierenden Landsleute gezwungen haben soll, sich der dort ansässigen indonesischen Studierendenvereinigung *Perhimpunan Pelajar Indonesia di Jerman* (PPI) anzuschließen und an einer von der indonesischen Botschaft durchgeführten „politische[n] Durchleuchtung“ teilzunehmen, um weiterhin Bleiberecht in der Bundesrepublik zu erhalten. In ihrer Juliausgabe schilderte die FSZ die Hintergründe dieser repressiven Maßnahmen: Sie sah nämlich in der neuen indonesischen „Terrorregierung“ unter Präsident Suharto die Angst und Unsicherheit eines Systems, das sich durch „organisierte[...] Gewalt“ nicht nur in Indonesien, sondern ebenso im Ausland auszudrücken versuchte.²

Die Anzahl der in Freiburg studierenden Indonesier_innen war gering. Die FSZ bezifferte sie in einem anderen Artikel mit rund 30 Personen.³ Der Vorwurf gewinnt aber an Relevanz, wenn das Ausmaß in Betracht gezogen wird: Danach sollte die indonesische Regierung auch in vielen weiteren bundesdeutschen Universitätsstädten diese nach deutschem Gesetz illegalen Maßnahmen unter der Androhung, den Reisepass einzuziehen, durchgeführt haben.⁴ Die Anzahl der davon potentiell betroffenen Studieren-

¹ Vgl. WENDT, Kornelia: Wertvoll mitgewirkt und sinnvoll unterstützt, in: FSZ Nr. 2, Feb. 1967, S. 10. Vgl. Anhang, S. 112.

² Vgl. o.V.: Tatsachen können nicht verschleiert werden, in: FSZ Nr. 5, Juli 1967, S. 27f. Vgl. Anhang, S. 113f.

³ Vgl. WENDT, Kornelia: Udemokratische Kräfte mit ihren eigenen Waffen schlagen?, in: FSZ Nr. 3, Mai 1967, S. 25.

⁴ Dieser Vorwurf wurde ebenfalls von der FSZ geäußert. Vgl. ebd.

den wäre ohnegleichen, da die Indonesier_innen um 1967 mit 905 immatrikulierten Studierenden zu den stärksten Nationalitäten an bundesdeutschen Hochschulen gehörten.⁵ Dies veranlasste den World-University-Service-Autoren Horst Breier von einem Präzedenzfall in der Geschichte der Bundesrepublik zu sprechen.⁶ In seinen Zeitschriften *Entwicklungsländer (ew)*⁷ und *wus nachrichten* machte der *World University Service*⁸ (WUS) als Erster die offiziellen

⁵ Vgl. o.V.: Ausländerstudium leicht zurückgegangen. Statistik des DAAD – 24.350 Studenten im Sommer 1965, 23.568 im Winter 1967/68, in: Hochschul-Dienst (Ausgabe A). Informationen aus dem wissenschaftlichen Leben 21 (1968), S. 10.

⁶ Horst Breier definierte die Abhörmethoden der indonesischen Regierung als bisher „krasseste[n] Fall“ in der Geschichte der jungen Bundesrepublik, obwohl bereits ähnliche Fälle der Durchleuchtung ausländischer Regierungen an ihren sich in der Bundesrepublik aufhaltenden Staatsbürgern_innen, unter anderem von Ghana, dem Irak, dem Iran und vereinzelt auch von Griechenland, praktiziert wurden. Vgl. BREIER, Horst: Indonesische Studenten in Deutschland unter Druck, in: *wus nachrichten* 1u.2 '67, 16. Jahrgang, Januar/Februar 1967, S. 7.

⁷ Seit den 1950er Jahren veröffentlichte der WUS die Zeitschrift *Entwicklungsländer (ew)*, in der er sowohl zentrale Fragen eines Auslandsstudiums in Deutschland, wie Diskriminierungen in der Hochschule oder Integrationsfragen thematisierte, als auch Lösungen vorschlug und jene Empfehlungen direkt an die Politik und die Wissenschaft richtete. o.V.: WUS-Auszeit! (o.J.).

⁸ Dieses Netzwerk aus rechtlich selbstständigen, politisch und konfessionell nicht gebundenen Nichtregierungsorganisationen versteht sich als „internationale Gemeinschaft von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor“ und engagiert sich bis heute im Sinne seines erklärten Zieles der Einsetzung für „Menschenrecht auf Bildung“ für die Entwicklung gerechter, sozialer und politischer Strukturen auf nationaler und internationaler Ebene. Vgl. ebd. Der WUS wurde 1920 in Wien unter dem Namen „European Student Relief Fund“ für die Unterstützung von arbeitenden, lehrenden und lernenden Menschen im Hochschullbereich gegründet. In Deutschland erfolgte seine Gründung 1950 mit einem doppelt erklärten Ziel: Ermöglichung internationaler Kontakte deutscher Studierender nach der jahrelangen Isolation des Nationalsozialismus und zugleich die reziproke Förderung des Studiums afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Studierender an bundesdeutschen Hochschulen. Heute ist die Organisation weltweit in über 50 Ländern aktiv. Vgl. GHAWAMI, Kambiz: 60 Jahre WUS – Deutsches Komitee, in: *World University Service* (Hrsg.): 60 Jahre World University Service in Deutschland 1950-2010, Wiesbaden 2010, S. 22f.

Dokumente der indonesischen Regierung in Deutschland öffentlich. Infolgedessen wurde eine Debatte über die publizierten Dokumente in der bundesdeutschen Medienwelt angestoßen, zu der auch die Einschätzung der FSZ-Autorin Wendt zählte.

Umso erstaunlicher ist es, dass in der bisherigen Forschung diesem Sachverhalt der Repression indonesischer Studierender noch nicht Rechnung getragen wurde. Die vorliegende Studie versucht, diese Forschungslücke zu schließen, indem sie den Anschuldigungen der FSZ-Autorin nachgehen will. Da die FSZ ferner einen direkten Zusammenhang mit der damaligen diktatorischen Regierung Suhartos unterstellte, wird als Beginn des Untersuchungszeitraums das Jahr 1965 festgesetzt, in dem der damalige General Suharto als entscheidender politischer Akteur in Indonesien zum ersten Mal auftritt.⁹ Darüber hinaus wird untersucht, inwiefern die geschilderten Repressionsmaßnahmen im Jahre 1967 Einzelfälle darstellten oder repräsentativen Charakter einer Repression indonesischer Studierende unter Suharto hatten. Infolgedessen müssen weitere potentiell repressive Maßnahmen von indonesischen Behörden in der Bundesrepublik analysiert und diskutiert werden, sodass das Ende des Untersuchungszeitraums das Jahre 1998 darstellt, als Suharto seinen Regierungsrücktritt verkündete. Ferner wird die Reaktion der Bundesregierung hinterfragt, sollten sich die beschuldigten illegalen Maßnahmen bewahrheiten. Auch sollen das Echo in der Medienwelt und darauffolgend das der bundesdeutschen Öffentlichkeit ausgemacht werden, die der WUS mit Veröffentlichung der staatlichen indonesischen Dokumenten anstieß. Natürlich stellt sich des Weiteren auch die Frage nach der Reaktion einer möglichen Opposition, ihren Akteuren und deren Aktivitäten im genannten Untersuchungszeitraum.

⁹ Infolgedessen gelang es ihm im März 1966, vom amtierenden Präsidenten Sukarno einen Großteil von dessen Exekutivmacht übertragen zu bekommen, im darauffolgenden Jahr 1967 zum regierenden Staatschef und schließlich im März 1968 zum offiziellen Präsidenten der Republik Indonesien ernannt zu werden.

Insofern wird diese Studie im zweiten Kapitel zunächst eine knappe Beschreibung der Politik und Gesellschaft Indonesiens seit seiner Unabhängigkeit 1945 bis 1998 geben, bevor dann anschließend im dritten Kapitel die Situation indonesischer Studierender in der Bundesrepublik skizziert wird: Hierbei wird die Entwicklung der indonesischen Studierendenzahlen näher betrachtet (3.1), auf die soziale Herkunft der Studierenden eingegangen und deren Motivation für ein Studium in der Bundesrepublik vorgestellt (3.2) und danach die in Westdeutschland gegründete indonesische Studierendenvereinigung PPI beschrieben (3.3). Das vierte Kapitel geht dem Vorwurf der repressiven Maßnahmen der FSZ von 1967 nach: Nach Rekonstruktion der Entstehung dieser staatlichen indonesischen Dokumente (4.1) werden ebenjene analysiert (4.2 und 4.3) und anschließend einer multiperspektivischen Betrachtung anhand der folgenden Akteure unterzogen; die Reaktion der indonesischen Studierenden (4.4 und 4.8), der bundesdeutschen Presse (4.5), der Bundesregierung (4.6) und der deutschen Studierende (4.7) wird eingehend betrachtet. Zuletzt wird ein weiteres Dokument staatlicher indonesischer Stellen studiert, welches unter derselben Motivation wie die Maßnahmen von 1967 entstand (4.8). Im fünften Kapitel wird für die Zeit zwischen 1970 und 1998 nach weiteren Repressionsmaßnahmen indonesischer Studierender und einer Opposition in der Bundesrepublik gefragt. Nach Skizzierung der ersten großen Studentenunruhen in Indonesien der 1970er Jahre (5.1), in welchen die Regierung Suhartos zum ersten Mal bedroht wurde, wird die West-Berliner Ortsgruppe der indonesischen Studierendenvereinigung PPI als entscheidender Akteur der Kritik am politischen System Suhartos vorgestellt und dabei ihre Entstehung und die Ausdrucksformen ihrer Kritik näher beleuchtet (5.2). Eine weitere Reaktion Suhartos auf eine sich bildende Opposition in Deutschland wird ferner in 5.3, 5.4, 5.5 und 5.6 beschrieben. Abschließend wird im sechsten Kapitel mit dem Rücktritt Suhartos 1998 nach einem Ende der Repressionen beziehungsweise der Opposition gefragt.

Über die Unterdrückung der Indonesier_innen des autoritären Regimes unter Suharto im Inland konnten viele Quellen¹⁰ und eine Fülle an Literatur ausgemacht werden; bei der Eingrenzung auf indonesische Staatsbürger_innen im Ausland mit den beiden Schwerpunkten Studierende und der Bundesrepublik war es mitunter diffizil, ausreichend Material zu sichten. Wie schon erwähnt, stieß der WUS mit der Veröffentlichung der staatlichen indonesischen Dokumente im Jahre 1967 sowohl die Rezeption der selbigen in der bundesdeutschen Medienwelt an und machte diese darüber hinaus zum Gegenstand in zahlreichen Ausgaben seiner Zeitschriften. Insofern stellen *ew* und *wus nachrichten* eine der Hauptquellen dar.¹¹ Daneben konnte zusätzliches Material aus Artikeln der FSZ¹² und den Akten des Deutschen Bundestages gesichtet werden. Für weitere Hintergrundinformationen über die indonesische Studierendenvereinigung PPI und zu der Anzahl indonesischer Studierender konnten Dokumente aus dem Universitätsarchiv in Freiburg (UAF), aus dem Archiv der Freien Universität Berlin (FU Berlin) und dem Universitätsarchiv der Technischen Universität Berlin in der Universitätsbibliothek (TUB) gesichtet werden.¹³ Im weiteren

¹⁰ Verwiesen werden kann hier beispielhaft auf die *Südostasien-Korrespondenz*, eine im Jahre 1971 gegründete Zeitschrift des Südostasien-Arbeitskreises Aachen, des Süd-Ost-Asien-Komitees Berlin, des Südostasien-Kreises Bonn und des Arbeitskreises Indonesien Köln. Diese Gruppen erklärten es sich zum Ziel, „gegen die verschleiende Informationspolitik [der „Neuen Ordnung“] Indonesien[s] [...] vorzugehen“ und in diesem Sinne informierten sie über die politische Situation Indonesiens aus deutscher Perspektive. Vgl. FU Berlin, UA, APO S, 1226.

¹¹ Hier sei vor allem der Mitarbeiterin Frau Loch des WUS zu danken: Sie ging im WUS-Archiv in Wiesbaden auf Quellensuche und war so freundlich, alle Zeitschriften mit Gegenstand der indonesischen Studierenden aus dem Jahr 1967 weiterzuleiten. Die Zeitschriften aus den 1970er und 1980er Jahren existieren infolge eines Umzugs leider nicht mehr. Die in vorliegender Studie untersuchten Quellen des WUS sind im Anhang aufgeführt.

¹² Die Artikel der FSZ können ebenfalls im Anhang eingesehen werden.

¹³ Darüber hinaus wurde noch bei weiteren Universitätsarchiven, wie dem der Technischen Hochschule in Aachen oder dem Universitätsarchiv in Stuttgart, eine Anfrage nach Quellenmaterial über die indonesischen Studierenden gestellt, sie blieb jedoch erfolglos. An diesen und vier weiteren

Verlauf konnten für die 1970er bis 1980er Jahre offizielle Dokumente der indonesischen Behörden an ihre in der Bundesrepublik studierenden Staatsbürger_innen dank des Engagements Herrn Rochijats¹⁴ eingesehen und untersucht werden.¹⁵ Der Indonesier Pipit Rochijat studierte nämlich in den 1970er Jahren Elektrotechnik in West-Berlin und war Mitglied der indonesischen Studierendenvereinigung PPI. Er stellt nicht nur einen wertvollen Zeitzeugen für die vermutete Repression des Suharto-Regimes dar, sondern ebenso eines sich bildenden politischen Aktivismus. In vielen Schriftwechseln mit ihm konnten zahlreiche Ereignisse rekonstruiert werden. Darüber hinaus war er bereit, ein Leitfadeninterview an seinem Wohnort Berlin zu führen, welches in den Räumlichkeiten der deutsch-indonesischen Nichtregierungsorganisation *Watch Indonesia!*¹⁶ stattfand.

Zu Hintergrundinformationen über die PPI in Westdeutschland eignete sich vor allem die Monographie von Vente und Avenarius. Sie beschreiben die Zielsetzung, Organisation, politische Rolle oder Publikationen der PPI, allerdings erst ab Beginn der 1980er Jahre.¹⁷

war die größte Anzahl indonesischer Studierender immatrikuliert. Vgl. KARCHER, Wolfgang/ ETIENNE, Anthony: Studieren im Spannungsfeld zweier Kulturen: Indonesische Studierende an deutschen Hochschulen. Eine Bestandsaufnahme, Bad Honnef 1991 (Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 97), S. 8.

¹⁴ Vgl. Interview mit Pipit Rochijat am 19.03.2018 in Berlin.

¹⁵ Die von Pipit Rochijat zugesandten Dokumente indonesischer Stellen befinden sich im *Anhang* inklusive deutscher Übersetzung.

¹⁶ Die NGO *Watch Indonesia!* wurde 1991 von ehemaligen PPI-Mitgliedern, darunter Pipit Rochijat, und lokalen deutschen Aktivist_innen in Berlin gegründet und setzt sich bis heute für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Indonesien ein. Vgl. HASYIM, Syafiq: Challenging a Home Country: A Preliminary Account of Indonesian Student Activism in Berlin, Germany, in: ASEAS: Austrian Journal of South-East Asian Studies 7/2 (2014), S. 189. Ein weiterer Dank gilt dem ehemaligen Geschäftsführer von *Watch Indonesia!*, Alex Flor, welcher ebenso dem Interview am 19. März 2018 beiwohnte und Fragen zur indonesischen Studierendenorganisation PPI mitbeantwortete.

¹⁷ Vgl. VENTE, Rolf/ AVENARIUS, Hermann: Indonesische Studenten in Deutschland. Strukturen und Determinanten der Reintegration, Saarbrücken 1983 (CIM-Arbeitsmaterialien 4).

Des Weiteren konnten neue Erkenntnisse durch die Masterarbeit des indonesischen Sozialwissenschaftlers Ginanjar Dirgantara gewonnen werden: Er beschäftigt sich zwar hauptsächlich mit den spezifischen Entwicklungen der niederländischen PPI, zieht aber teilweise auch Parallelen zur deutschen PPI, sodass manche beschriebenen Ereignisse rekonstruiert und bestätigt werden konnten.¹⁸ Zuletzt leistete einen großer Beitrag ein Artikel von Syafiq Hasyim, der die Entwicklung des Aktivismus der West-Berliner PPI untersuchte.¹⁹

¹⁸ Vgl. DIRGANTARA, Ginanjar: Indonesian Students' Association (PPI) in Netherlands from 1952 to 2015: A Continuing Dynamic, Leiden 2016.

¹⁹ Hasyim verweist ebenfalls auf Pipit Rochijat als eine seiner Hauptquellen. Vgl. HASYIM, S.: Challenging a Home Country, S. 197.